



Uta Knebel

- 1965 geboren
- Diplom-Ingenieur-Ökonomin
- verheiratet, 2 Kinder
- seit 1990 in der Kommunalpolitik (Kreisrätin 1990 bis 1994, Stadträtin seit 1994 – Fraktionsvorsitzende seit 2004, wieder Kreisrätin seit 2008)
- seit 1998 Vorstandsvorsitzende des Mieterverein Saxonia 1998 e.V.
- seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei einem Landtagsabgeordneten in Teilzeit (erst Sebastian Scheel und später René Jalaß)
- seit 2016 Kreisvorsitzende DIE LINKE.Meißern
- seit 2018 Regionalmitarbeiterin der Bundestagsfraktion in Teilzeit

Ich bewerbe mich für ein Landtagsmandat, um die Erfahrungen der letzten Jahre aus der Arbeit auf kommunaler Ebene in die Arbeit unserer Fraktion im Landtag einbringen zu können.

Wichtig sind mir dabei zum Beispiel diese Themen:

- auskömmliche Finanzierung der Kommunen durch eine verändertes FAG, welches die Selbstverwaltung der Kommunen stärkt,
- Änderung der Finanzierung der Kindertagesstätten und der Horte – frühkindliche Bildung muss für alle Kinder in jedem Umfang möglich sein, der Freistaat muss da in Verantwortung genommen werden

- Wohnen muss finanzierbar sein – auf dem Land und in der Stadt,
- Erhaltung eines selbstbestimmten Lebens rund um den eigenen „Kirchturm“

In den vergangenen Jahren habe ich mich mit diesen Themen beschäftigt. Dabei musste ich immer wieder erkennen, dass es Lösungen in einer geänderten Gesetzgebung auf Landesebene geben kann. Welche Änderungen das sein können, kann und will ich entsprechend meiner praktischen Erfahrungen einbringen.

Den Kommunen wird mittels des FAG kaum noch Raum zur „Selbstverwaltung“ gelassen. Investitionen werden an möglichen Förderungen festgemacht und nicht am tatsächlichen Bedarf. So entstand in den letzten Jahren ein hoher Instandhaltungsrückstau an der Infrastruktur der Kommunen, wie Brücken und Straßen.

Vor dem Hintergrund der Diskussion zur der Abschaffung der Straßenbaubeitragssatzungen in Kommunen und Ländern, muss hier ein Weg durch den Freistaat aufgezeigt werden, den Rückstau zu beseitigen.

Die derzeitige Art der Finanzierung bezüglich der Kindertagesstätten mit Festbetrag durch den Freistaat, prozentualen Anteil der Eltern und „Kostenrestübernahme“ durch die Kommune, kommen auch hier die Finanzen der Kommunen in eine Schieflage. Hier geht es um frühkindliche Bildung und Bildung ist Sache des Freistaates. Mit einer Petition im Kreis haben wir auf dieses Problem aufmerksam gemacht und mit 1000 Unterschriften haben Eltern diese Petition unterstützt. Das Ziel der Petition – der Freistaat soll die Kosten der frühkindlichen Bildung übernehmen.

Durch meine Tätigkeit im Mieterverein und als Mitglied des Kreistages bin ich mit den Belangen des Wohnens vertraut. Handlungsbedarf sehe ich hier zum Beispiel bei der Änderung bezüglich der starren Regelung der Wohnflächengrößen und Rahmen für Betriebskostenanteile seitens der Länder. Aus meiner Sicht ist die derzeitige Regelung an den tatsächlichen Bedingungen am Wohnungsmarkt vorbei geregelt.

Es gibt Vieles für die Menschen zu ändern und dazu will ich beitragen.